

SP Kanton Bern - Postfach- 3001 Bern

Finanzdirektion
Münsterplatz 12
Postfach
3000 Bern



Bern, 29. April 2025

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) (Änderung)

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung der Änderung des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

Die SP Kanton Bern unterstützt die Grundsätze des FILAG. Mit dem vorangegangenen Bericht zur Erfolgskontrolle des Gesetzes zum FILAG zeigte sich, dass die Finanz- und Lastenausgleichssysteme einen grossen Beitrag innerhalb des Kantons Bern leisten, die Lebensverhältnisse im gesamten Kanton auf ein gleichwertiges Niveau zu heben.

Die SP Kanton Bern weist darauf hin, dass mit dem (nicht mehr ganz) neuen Raumplanungsgesetz die Ausgangslage für viele Gemeinden verändert wurde. Einerseits bringt es von der Zielsetzung her wichtige und richtige Schritte: Der Kulturlandverlust wird eingedämmt, die Grundlage für die Erreichung der Klimaziele werden gelegt, die innere Verdichtung soll vorangehen.

Aber es fehlt eine Ausfinanzierung dieser neuen raumplanerischen Grundsätze. Die verschiedenen Zentren und Sub-Zentren sollen zunehmend die grosse Aufgabe der qualitätsvollen, inneren Verdichtung stemmen und die zusätzlich dringende Infrastruktur (Kultur, Sport, Verkehr, Bildung, ...) bauen. Hier müsste die Abgeltung dieser Zentrumslasten diesen Zentren als finanzielle Unterstützung dienen.

Die SP Kanton Bern verlangt weiterhin, dass sich der Kanton in dieser Frage stärker finanziell engagiert. Es ist ein falsches Zeichen, dass der Kanton die Mittel deckelt und nicht an effektive Ansprüche und Aufgaben knüpft. Aus Sicht der SP Kanton Bern wird diese Deckelung dazu führen, dass die Städte und Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden.

Die SP Kanton Bern begrüßt grundsätzlich die Neuaufnahme der Zentrumslasten für Burgdorf und Langenthal. Für die Städte Burgdorf und Langenthal wird damit dem gesetzgeberischen

Anspruch gerechter nachgelebt. Es ist aus Sicht der SP Kanton Bern unbestritten, dass auch Burgdorf und Langenthal Zentrumsaufgaben wahrnehmen, die abgegolten werden sollten.

Aus Sicht der SP Kanton Bern ist es nicht ideal, dass fixe Beträge festgeschrieben werden. Speziell kritisieren wir, dass es nach wie vor an klaren Kriterien für die Zentrumslasten fehlt.

Die SP Kanton Bern lehnt klar ab, dass diese Besserstellung auf Kosten der Städte Bern und Biel geschehen soll. Es zeugt von wenig Fairness, dass bei der Stadt Bern der "Selbstbehalt" oder "Selbstkostenanteil" für den "kulturellen" Eigenbedarf (Zentrumsnutzen) einfach anders festgelegt wird als bei den anderen Städten, zudem ist die Begründung für dieses Vorgehen mangelhaft. Die SP Kanton Bern lehnt auch die Kürzung der Entschädigung für Biel, das wichtigste städtische Zentrum im Berner Jura, klar ab. Biel spielt eine zentrale Rolle im regionalen Gleichgewicht und erbringt zentrale Dienstleistungen von grossem öffentlichem Interesse.

Die SP Kanton Bern verlangt, dass die fünf Städte, die innerhalb der jeweiligen Region die kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Zentren darstellen die damit verbundenen Kosten vollumfänglich abgegolten bekommen.

Wie der Bericht in Punkt 2.3 (Seite 7/14) darlegt, besteht bei der Pauschalabgeltung für Burgdorf und Langenthal die Gefahr, dass sich die Schere zu anderen Regionalzentren, die keine Zentrumskostenabgeltung erhalten und diese ebenfalls beanspruchen könnten, weiter vergrössert.

Die SP Kanton Bern erwartet, dass mit der vom Regierungsrat angekündigten grundsätzlicheren Neuregelung der Zentrumslasten die Gleichberechtigung der Gemeinden mit Zentrumslasten weiter vorangetrieben und noch besser abgebildet werden kann.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

Parti socialiste du canton de Berne



Manuela Kocher Hirt
Präsidentin



Zora Schindler
Geschäftsführende Parteisekretärin